Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 7. Dezember 2011
Ausgabe 233
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **4**
Meldungen **5**
› Glückwünsche für Ernst Maria Lang zum 95. Geburtstag 5
› Neue Gebührensatzung für die Mieter der Großmarkthalle und der Lebensmittelmärkte 6
› Phönix-Preis – Wirtschaftspreis für Migrantenunternehmen verliehen 7
› Thea Dorn ist neue Kuratorin für das forum:autoren beim Literaturfest 2012 9
› Jury des Gesundheitsförderungs- und Präventionspreises würdigt Stadtteilplan 10
› Erste Vorbereitungssitzung für Stadtteilwoche 2012 im Münchner Norden 11
› Infoabend „Mein Dach macht plus mit eigener Solarstromanlage“ 12
› Konzert des Münchner Flötenensembles im Stadtmuseum 12
Antworten auf Stadtratsanfragen **14**
› Neuregelung beim Trinkgeld für Münchner Müllmänner 14
› Social-Media-Aktivitäten der LH München, speziell Facebook-Fanseite(n) 16

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **20**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung mit geänderter Uhrzeit
Donnerstag, 8. Dezember, 9 Uhr (statt wie angekündigt 17 Uhr),
Referat für Bildung und Sport, Raum 039/039, Bayerstraße 28
Stadtschulrat Rainer Schweppe spricht zur Eröffnung der Konferenz der StadtschülerInnenvertretung (SSV). Die SSV wurde im Jahr 2008 durch einen Stadtratsbeschluss als Pilotprojekt ins Leben gerufen und durch einen weiteren Beschluss im Juli 2011 zur ständigen Einrichtung erklärt. Aufgabe der SSV ist es, als demokratisch legitimierte Institution die Meinung aller Schülerinnen und Schüler aktiv in der Öffentlichkeit zu vertreten. Sie unterstützt die Kommunikation der Schülersprecherinnen und -sprecher untereinander und vermittelt gelebte Demokratie mit dem Ziel, das Schulleben aktiv mitzugestalten. Zur Erfüllung dieser Aufgaben stellt die Landeshauptstadt der StadtschülerInnenvertretung ein jährliches Budget von 55.000 Euro sowie geeignete Büroräume zur Verfügung.

Wiederholung
Donnerstag, 8. Dezember, 14 Uhr,
Sozialbürgerhaus Feldmoching-Hasenbergl, Knorrstraße 101 - 103
Das Jobcenter München und das Sozialreferat werben in der Vorweihnachtszeit auf besondere Weise für das Bildungs- und Teilhabepaket. Dazu werden vor allem alleinerziehende Kundinnen und Kunden mit ihren Kindern in die Sozialbürgerhäuser Ramersdorf-Perlach, Feldmoching-Hasenbergl und Milbertshofen-Am Hart sowie Laim-Schwanthalerhöhe eingeladen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Engelskostümen verteilen rund 1.750 Geschenke der „Toys Company" und des Kinderportals „Pomki". Es gibt Kinderpunsch und alkoholfreien Glühwein. Die Stadtwerke bieten Energieberatung an, und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters informieren über offene Stellen. Vor allem aber wird auf die Angebote des Bildungs- und Teilhabepakets hingewiesen. Im Sozialbürgerhaus Feldmoching-Hasenbergl sind die Geschäftsführerin des Jobcenters, Martina Musati, und die Leiterin der Sozialbürgerhäuser Soziales, Ursula Hügenell, anwesend.
Der Termin ist für Fotografen geeignet. Nähere Informationen zur Veranstaltung beim Jobcenter München (Ansprechpartner: Felix Magin, Telefon 6 79 72-4 04).

Wiederholung
Donnerstag, 8. Dezember, 18 Uhr,
Monacensia, Maria-Theresia-Straße 23
Oberbürgermeister Christian Ude eröffnet die Ausstellung „Mein Kopf ist eine Bombe. Jörg Hube. Ein Künstlerleben". Des Weiteren sprechen Dr. Elisabeth Tworek, Leiterin der Monacensia, und Eva Demmelhuber, Kuratorin der Ausstellung. Der Schauspieler Stefan Wilkening liest Texte von Jörg Hube.

Wiederholung
Donnerstag, 8. Dezember, 19 Uhr, Arnulfpark an der Hackerbrücke
Oberbürgermeister Christian Ude spricht bei der Einweihungsfeier des Unternehmens PricewaterhouseCoopers zum Einzug in das neue Bürogebäude.

Freitag, 9. Dezember, 19 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht bei der Abschlussveranstaltung des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit. Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit geht zurück auf einen Beschluss des Europäischen Rates. Ziel war es, bürgerschaftliches Engagement insgesamt zu stärken und – parallel dazu – die Nationale Engagementstrategie voranzutreiben.

Samstag, 10. Dezember, 11 Uhr, Ecke Englschalkinger-/Cosimastraße
Die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) nimmt die Tram-Neubaustrecke Effnerplatz - St. Emmeram in Betrieb. Zur feierlichen Eröffnung an der Ecke Englschalkinger/Cosimastraße sprechen Oberbürgermeister Christian Ude, Herbert König, Vorsitzender der MVG-Geschäftsführung und SWM Geschäftsführer Verkehr, Ralf Wulf, Hauptabteilungsleiter Ingenieurbau im Baureferat, Ministerialrat Hans-Peter Behrendsen, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, und Angelika Pilz-Strasser, Vorsitzende des Bezirksausschusses Bogenhausen. Voraussichtlich gegen 12.30 Uhr durchtrennen Oberbürgermeister Ude und MVG-Chef König das Streckenband in der neuen Haltestelle Cosimabad (Ecke Englschalkinger-/Cosimastraße). Anschießend startet die Jungfernfahrt.

Sonntag, 11. Dezember, 15 Uhr
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht im Rahmen eines feierlichen Nachmittagsgottesdienstes der Liberalen Jüdischen Gemeinde.
Achtung Redaktionen: Medienvertreter können sich unter beth.shalom@liberale-juden.de zu der Veranstaltung anmelden und erhalten dann auch die Adresse.

Montag, 12. Dezember, 18 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal
Bürgermeister Hep Monatzeder überreicht den Fassadenpreis 2010 sowie den Preis im Wettbewerb „Denkmalpreis 2010 der Baudenkmalstiftung München – Deutsche Stiftung Denkmalschutz".
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 14. Dezember, 19 Uhr, Cafeteria des
ASZ Schwabing-West, Eingang Hiltenspergerstraße 76 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 4 (Schwabing-West) mit dem Vorsitzenden Dr. Walter Klein.

Mittwoch, 14. Dezember, 19.30 Uhr, Cafeteria des
ASZ Schwabing-West, Eingang Hiltenspergerstraße 76 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 4 (Schwabing-West).

Mittwoch, 14. Dezember, 19 Uhr,
Pfarrsaal St. Wolfgang, St.-Wolfgangs-Platz 9 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 5 (Au - Haidhausen). Auf der Tagesordnung stehen auch Bürgerfragen.

Mittwoch, 14. Dezember, 18.30 Uhr,
Kulturhaus Milbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 11 (Milbertshofen - Am Hart) mit der Vorsitzenden Antonie Thomsen.

Mittwoch, 14. Dezember, 19.30 Uhr,
Kulturhaus Milbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 11 (Milbertshofen - Am Hart).

Mittwoch, 14. Dezember, 17.30 bis 19 Uhr,
BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Mittwoch, 14. Dezember, 19 Uhr,
Gaststätte „Bayerisches Schnitzel- und Hendlhaus", Limesstraße 63 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 22 (Aubing - Lochhausen - Langwied) mit dem Vorsitzenden Dr. Josef Assal.

Mittwoch, 14. Dezember, 19.30 Uhr,
Gaststätte „Bayerisches Schnitzel- und Hendlhaus", Limesstraße 63 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 22 (Aubing - Lochhausen - Langwied).

Meldungen

Glückwünsche für Ernst Maria Lang zum 95. Geburtstag
(7.12.2011) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Ernst Maria Lang zum bevorstehenden 95. Geburtstag: „Zu Ihrem 95. Geburtstag gratuliere ich Ihnen im Namen des Stadtrats der Landeshauptstadt München und persönlich sehr herzlich. Und auch wenn Sie dies denjenigen, die Sie und Ihr Werk in seiner einmaligen Besonderheit loben wollten, gelegentlich schon vorgeworfen haben, möchte ich doch einmal mehr ‚milden Weihrauch mit frischem Lorbeer' in meinem Glückwunschschreiben über Sie senden.
Es war ein weiter und reicher Weg vom Schüler in Oberammergau, der bereits im frühen Alter die politischen Honoratioren des Ortes treffsicher karikierte, bis hin zu der ‚lebenden Legende', als die Sie schon vor nahezu zwei Jahrzehnten bezeichnet wurden. Und da Sie als solche alle Ehrungen, die die Stadt anzubieten hat, längst empfangen haben – von der ‚Medaille München leuchtet' 1976, dem Schwabinger Kunstpreis 1979, dem Ernst-Hoferichter-Preis 2001 bis hin zum Kulturellen Ehrenpreis 2006 – müssen wir wohl langsam beginnen über neue Formate nachzudenken ...
Hinter all Ihren Begabungen, die Sie beispielhaft und zugleich unnachahmlich vorgelebt haben, – das möchte ich heute hervorheben – standen Sie immer vor allem als Mensch mit Ihrer unbestechlichen Haltung – ob dies die Architekturprojekte von den 50er Jahren an waren, bei deren Entwurf und Umsetzung Ihnen nicht zuletzt die sozialen Aspekte der zukünftigen Bewohner vor Augen standen, Ihre künstlerische Arbeit als Karikaturist, der das politische Geschehen klug analysierte, oder Ihr Wirken als weitsichtiger Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Architekten in Bayern und Gründer und langjähriger Präsident der Bayerischen Architekten-

kammer, als der Sie wesentlich zur Schaffung der Bayerischen Architektengesetze beigetragen haben.
Nicht nur als Künstler und Architekt, sondern eben gerade in der menschlichen Dimension Ihres Tuns haben sie immer wieder großen Eindruck auf mich gemacht, und dabei war deutlich ein ganz elementares Motiv Ihres Anliegens: die Erziehung zur Demokratie als einem hohen Gut.
Gerne möchte ich Ihnen noch einmal danken dafür, dass Sie in dieser unvergleichlichen Verbindung aus Münchnerischem, Weltzugewandtheit und Weltweite, Humor und Unbestechlichkeit die politische Diskussion und Kultur nicht nur, aber ganz besonders der Stadt München bereichert haben und weiter bereichern.
Für die kommenden Jahre wünsche ich Ihnen viel Gesundheit, Glück und weiterhin Erfolg bei allen Ihren Aktivitäten."

Neue Gebührensatzung für die Mieter der Großmarkthalle und der Lebensmittelmärkte

(7.12.2011) Im Jahr 2003 erfolgte für die Mieter der städtischen Lebensmittelmärkte und der Großmarkthalle zum letzten Mal eine Erhöhung der Gebühren. Morgen wird dem Stadtrat im Kommunalausschuss vorgeschlagen, die Mindestgebühr auf den vier städtischen Lebensmittelmärkten Viktualienmarkt, Pasinger Viktualienmarkt, Markt am Wiener Platz und Markt am Elisabethplatz um 15 Prozent zu erhöhen. Zugleich soll ab dem Jahr 2013 die Anrechnung der Mindestgebühr auf die Umsatzgebühr der Händler wegfallen. Nur noch die Hälfte der am Markt tätigen Händler zahlt heutzutage eine Umsatzgebühr. Künftig sollen auch die Werbemaßnahmen und Veranstaltungen auf den vier festen Lebensmittelmärkten nicht mehr durch einen Gebührenaufschlag von den Händlern auf den Märkten getragen, sondern im Rahmen des Budgets der Markthallen München finanziert werden. Die Markthallen München schlagen deshalb dem Stadtrat vor, auf den bisherigen Gebührenaufschlag in Höhe von 0,25 Prozent ab Januar 2012 zu verzichten.
Für die Händler der Großmarkthalle wird es ebenfalls eine Änderung der Monatsgebühr – dann je nach Lage zwischen 11 und 13 Euro für den Quadratmeter Verkaufsfläche – geben. Damit liegen die Mieten trotz dieser Anhebung für die Verkaufsflächen in München auf vergleichbarem Niveau wie in anderen deutschen Großmärkten. So zahlen zum Beispiel die Händler in Berlin 12,25 Euro pro Quadratmeter Verkaufsfläche und in Stuttgart zwischen 11,76 und 13,86 pro Quadratmeter Verkaufsfläche.
Bereits im vergangenen Jahr hatte der Münchner Stadtrat im Rahmen der Beschlussfassung zur Zukunftssicherung der Markthallen München den städtischen Eigenbetrieb Markthallen München aufgefordert zu prüfen,

wie Gebühren des vermieteten Immobilienbestandes zeitgemäß angepasst werden können. Die dem Stadtrat vorgeschlagene neue Gebührenstruktur berücksichtigt die wirtschaftliche Situation der Händlerschaft auf den Märkten und der Großmarkthalle ebenso wie die Situation der sonstigen Immobiliennutzer in der Großmarkthalle. Im Hinblick auf die letzte Anpassung im Jahre 2003 und die gestiegenen Kosten in nahezu allen Bereichen der Markthallen München ist die moderate Anhebung der Gebührensatzung für die Benutzung der Markthallen München zu vertreten.

Phönix-Preis – Wirtschaftspreis für Migrantenunternehmen verliehen
(7.12.2011) Bürgermeisterin Christine Strobl und der Referent für Arbeit und Wirtschaft Dieter Reiter haben im Rahmen einer Feierstunde Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund mit dem Wirtschaftspreis der Landeshauptstadt ausgezeichnet. Die Gewinner erhielten eine Trophäe, die der Münchner Künstler Andreas Ohrenschall entworfen hat, sowie ein Preisgeld in Höhe von insgesamt 3.000 Euro.
Der Phönix-Preis würdigt herausragende wirtschaftliche Leistungen sowie das gesellschaftliche und soziale Engagement von Migrantenunternehmen. „Dieser Preis schärft den Blick für die unternehmerischen Potenziale der Migranten", sagt der Referent für Arbeit und Wirtschaft Dieter Reiter. „Diese Potenziale gilt es zu fördern, denn Migrantenunternehmen sind ein wichtiger Faktor für die Münchner Wirtschaft." Reiter kündigte an, den Phönix-Preis weiterhin auszuschreiben.
Bürgermeisterin Christine Strobl: „Migrantenunternehmen müssen mehr Anerkennung finden. Sie spielen eine wichtige Rolle beim interkulturellen Brückenbau. Die von uns ausgezeichneten Unternehmen nehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung besonders wahr. Sie sind ein wichtiges Vorbild für Akzeptanz, Vielfalt und Integration."
Die Resonanz auf die Ausschreibung des Phönix-Preises war erfreulich hoch. 30 Bewerberinnen und Bewerber aus 18 verschiedenen ethnischen Gruppen nahmen in diesem Jahr daran teil.
„Die vielen hochwertigen Bewerbungen spiegeln die Aufbruchstimmung in der Migrantenökonomie wider", sagt Wirtschaftsreferent Reiter. Die Jury stand vor der anspruchsvollen Aufgabe, daraus drei Unternehmen auszuwählen. Die meisten Bewerber kommen aus dem Dienstleistungssektor, gefolgt von Gastronomie, Handwerk, Gesundheitswesen und Tourismus.
Die Phönix-Preisträger 2011 sind:
R&M Personalmanagement & -consulting
Das R&M Personalmanagement und -consulting wurde im Jahr 2008 von Besma und Ikram Cherif gegründet. Nach ihrem Studium der Betriebswirtschaft haben sich die in München geborenen Schwestern mit tunesischem

Migrationshintergrund selbstständig gemacht. Ihr Unternehmen arbeitet mit lokalen und regionalen Arbeitgebern aus unterschiedlichen Branchen zusammen. Anliegen von R&M ist es, Arbeitssuchende in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis in Firmen zu vermitteln. Durch das Kennenlernen der Arbeitssuchenden im Bewerbergespräch und den persönlichen Kontakt zu den Arbeitgebern versucht das R&M-Team, den Anforderungen beider Seiten zu entsprechen. Bei einer Vermittlung ist es den beiden Schwestern besonders wichtig, nicht nur berufliche Fähigkeiten, sondern auch Sozialkompetenzen zu berücksichtigen. Die Cherifs verstehen ihre Tätigkeit nicht als Konkurrenz zur staatlichen Arbeitsvermittlung, sondern als ergänzendes Dienstleistungsangebot. R&M vermittelt auch Arbeitssuchende mit Anspruch auf Arbeitslosengeld I und II. Zu ihren Kunden gehören unter anderem Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind.

BBC Treuhand- und Steuerberatungsgesellschaft AG

Beata Baroth kam im Alter von elf Jahren nach Deutschland. Nach einer Ausbildung zur Steuerfachwirtin machte sie sich im Alter von 19 Jahren selbstständig. Mit 24 Jahren beschäftigte die Münchnerin mit ungarischem Hintergrund bereits 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Heute führt sie ihre Steuerkanzlei in Form einer AG in der Münchner Innenstadt. BBC bietet ganzheitliche Beratung in allen steuerlichen, rechtlichen, wirtschaftlichen, organisatorischen und finanziellen Fragestellungen der unternehmerischen Tätigkeit an. Zu den Leistungen gehören gestaltende und laufende Steuerberatung, Treuhandtätigkeiten, Existenzgründungsberatung, Erstellen von Steuererklärungen und Jahresabschlüssen sowie Finanz- und Lohnbuchhaltung. Zum Kundenkreis der BBC gehören viele Münchner Unternehmen, die von Migrantinnen und Migranten geführt werden. Die Kunden haben die Möglichkeit, sich auf Deutsch und in sieben anderen europäischen Sprachen beraten zu lassen. Bei BBC denkt man global und arbeitet weit über die Grenzen Deutschlands hinaus. Das Unternehmen betreibt Zweigstellen in Rumänien, Ungarn und auf Zypern.

Alakara Air Travel

Vor zwölf Jahren machte sich der in der Türkei geborene Ilhan Alakara erst im Home-Office selbstständig. Seit mehr als zehn Jahren hat Ilhan Alakara sein Reisebüro in der Hans-Sachs-Straße. Alakara setzt auf eine breite Angebotspalette. Mit Lila- und Rosa-Reisen bietet er spezielle Reisen für Schwule und Lesben. Mit seinem Unternehmen Alakara Air Travel bedient er den allgemeinen Markt für Urlauber und Geschäftskunden. Sein neuestes Projekt heißt EMS – Effizientes Fitnesstraining und Bodystyling. Alakara erzielt die Hälfte seines Umsatzes mit Reisen für Lesben und Schwule.

Der Name Phönix

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wählte den Namen „Phönix" für den neuen Wirtschaftspreis, weil der gleichnamige mythische Vogel für Mut, Risikobereitschaft und den Willen steht, immer wieder etwas Neues zu wagen. An diese Eigenschaften knüpft der Preis für Migrantenunternehmen an.

Thea Dorn ist neue Kuratorin für das forum:autoren beim Literaturfest 2012

(7.12.2011) Für das forum:autoren beim Literaturfest München 2012 wurde Thea Dorn als neue Kuratorin von den Veranstaltern des forum:autoren (Stiftung Literaturhaus in Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat) berufen. Das forum:autoren wird jeweils von einer Schriftstellerin oder einem Schriftsteller kuratiert, die oder der für ein Jahr berufen wird und Konzept und Autorenauswahl nach freiem Ermessen gestalten kann.
„Hinaus ins Ungewisse!" ist Thea Dorns Motto für das forum:autoren 2012: „Wir haben uns an den Gedanken gewöhnt, dass es zu der Welt, wie wir sie kennen, keine Alternative mehr gibt", so die Kuratorin. „Der aufgeklärte Mensch hat sich zu Beginn des dritten Jahrtausends so gut eingerichtet wie nie zuvor. Und dennoch fühlt er sich weder frei noch geborgen in diesem Haus, das er nach allen Regeln der Vorsorgebürokratie abgesichert hat. Was vermag die Literatur in einer Welt, die so wenig bei Trost ist? Das forum:autoren 2012 wird sich auf die Suche machen. Nach Schriftstellern und anderen Künstlern, die an den Gitterstäben der Gewissheit zu rütteln wagen. Die bereit sind, sich auszuliefern: einem Gedanken, einer Hoffnung, einer Phantasie. Die daran glauben, dass alles auch ganz anders sein könnte. Kurz: Das forum:autoren 2012 gehört den Romantikern, Idealisten und Himmelsstürmern."
Thea Dorn, geboren 1970 in Offenbach/Main, ist Schriftstellerin, Dramaturgin und Fernsehmoderatorin. Ihren Durchbruch als Schriftstellerin markierte der 1994 erschienene preisgekrönte Universitätskrimi „Berliner Aufklärung". Es folgten „Ringkampf" (1996) und „Die Hirnkönigin" (1999). Mit „Die Brut" (2004) löste sie sich vom Krimi-Genre und konzentrierte sich auf kritische Milieustudien: 2008 erschien „Mädchenmörder", ein Roman über die ungewöhnliche Beziehung eines Opfers zu seinem Täter. Neben ihren Romanen verfasste Thea Dorn Theaterstücke und Drehbücher für den „Tatort". Zudem veröffentlichte sie Sachbücher und Essaybände, in denen sie Positionen vorstellte, die gesellschaftliche Debatten auslösten und mitbestimmten, wie 2006 „Die neue F-Klasse. Warum die Zukunft von Frauen gemacht wird" und 2010 „Ach Harmonistan. Deutsche Zustände". Zuletzt legte sie mit „Die deutsche Seele" (2011) gemeinsam mit Richard

Wagner eine ungewöhnliche Kulturgeschichte vor. Von 2003 bis 2004 moderierte sie zusammen mit Dirk Schümer die Sendung „Schümer und Dorn. Der Büchertalk“ im SWR (Südwestrundfunk). Seit 2004 führt sie durch die SWR-Sendung „Literatur im Foyer“.
Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers zur Wahl der Kuratorin des forum:autoren 2012: „Wir kennen Thea Dorn als Autorin mit vielen Facetten – vom spannungsvollen Kriminalroman über das aufklärende Sachbuch bis hin zur erkundenden Analyse –, wir kennen auch die moderierende und dennoch streitbare Fachfrau. Nun sind wir gespannt auf die idealistisch-himmelstürmende Kuratorin.“
Am Donnerstag, 8. Dezember, 20. Uhr, liest Thea Dorn aus ihrem neuen Buch „Die deutsche Seele“ im Literaturhaus München, Salvatorplatz 1. Moderator ist Peter von Becker vom „Tagesspiegel“ (Eintritt 9 Euro, ermäßigt 7 Euro).
Das dritte Literaturfest München findet vom 14. November bis 2. Dezember 2012 statt und wird veranstaltet vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels – Landesverband Bayern und dem Literaturhaus München (Geschäftsführung) in Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat der Landeshauptstadt München.
Nähere Informationen unter: *www.literaturfest-muenchen.de*
Achtung Redaktionen: Thea Dorn steht am **Freitag, 9. Dezember, ab 11 Uhr** für Pressegespräche im Literaturhaus München zur Verfügung. Voranmeldung unter presse@litmuc.de oder Telefon 01 71-7 42 17 17 erbeten.

Jury des Gesundheitsförderungs- und Präventionspreises würdigt Stadtteilplan

(7.12.2011) Eine Belobigung für das Projekt „Aktiv im Alter – Seniorenstadtteilplan für Obergiesing, Untergiesing und Harlaching“ ist dem Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) bei der Verleihung des 10. Bayerischen Gesundheitsförderungs- und Präventionspreises (BGPP) 2011 ausgesprochen worden. Die Jury nannte das Projekt und seine Umsetzung bei der Verleihung des BGPP 2011 gestern in München eine „bemerkenswerte Leistung“. Vergeben wird der BGPP von der Landeszentrale für Gesundheit in Bayern e.V. und vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit.
Insgesamt hatten sich 55 Projekte aus ganz Bayern um eine der drei Auszeichnungen beworben. Mit dem Stadtteilplan ist die Landeshauptstadt München unter den sieben Projekten, die eine Belobigung für Gesundheitsförderung und Prävention erhalten haben. Die Jury sprach von einer Orientierungshilfe für die wohnortnahe Alltagsmobilität älterer Menschen. „Mobilität unterstützt den Erhalt der physischen und psychischen Gesund-

heit", heißt es in der Begründung weiter. „Das ist ein erfreulicher Ansporn für unsere Arbeit im Referat für Gesundheit und Umwelt", sagt Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, über die Anerkennung. „Ich freue mich sehr über diese Belobigung, die zugleich auch Wertschätzung ist."
Der Stadtteilplan für Obergiesing, Untergiesing und Harlaching ist gezielt auf die Bedürfnisse älterer Menschen abgestimmt, bietet ihnen Unterstützung im Alltag an und soll als ein Instrument der Gesundheitsförderung zu einem aktiven Leben im Alter beitragen. Er gibt unter anderem einen Überblick über soziale Einrichtungen wie den Nachbarschaftstreff, das Sozialbürgerhaus oder den Stadteilladen im Stadtviertel. Aber er zeigt auch, wo Briefkästen, Ruhebänke, Haltestellen und Toiletten im Viertel zu finden sind. Auf der Rückseite sind nützliche Adressen und Öffnungszeiten in fünf Sprachen (Deutsch, Türkisch, Russisch, Serbo-Kroatisch und Griechisch) aufgelistet. Insgesamt werden hier acht Rubriken aufgeführt, dazu zählen „Soziales", „Ärztehäuser", „Sport&Freizeit" oder „Sicherheit". Schrift und Symbole des neuen Stadtteilplans sind deutlich größer als bei herkömmlichen Stadtplänen. Ermöglicht wurde der Stadtteilplan durch Mittel des Generali-Zukunftsfonds im Zuge des Bundesprogramms „Aktiv im Alter". In der Landeshauptstadt München wird „Aktiv im Alter" in den Programmgebieten der Sozialen Stadt umgesetzt. Dazu zählen: Giesing und Ramersdorf-Berg am Laim. Der Stadtteilplan für Obergiesing, Untergiesing und Harlaching ist als Pilotprojekt einmalig in München. Ob weitere Stadtteilpläne folgen, wird derzeit in den jeweiligen Bezirksausschüssen diskutiert. Ist dies erwünscht, können sich die Bezirksausschüsse bis Mitte März 2012 an das RGU wenden, das bei der Konzeption unterstützend mitwirken wird. Die Finanzierung künftiger Stadtteilpläne wird über die jeweiligen Bezirksausschüsse geregelt. Der Stadtteilplan ist in einer Auflage von 10.000 Stück erschienen und liegt als kostenloses Angebot unter anderem in den Alten- und Servicezentren (ASZ) in Obergiesing, Untergiesing und Harlaching, im Stadtteilladen (Tegernseer Landstraße 113) und der Stadtteilbibliothek Obergiesing (Schlierseestraße 47) aus.

Erste Vorbereitungssitzung für Stadtteilwoche 2012 im Münchner Norden

(7.12.2011) Vom 29. Juni bis 6. Juli 2012 wird es im Münchner Norden für die Stadtteile Harthof, Nordhaide, Feldmoching und Hasenbergl wieder eine Stadtteilwoche mit einem reichhaltigen Kulturprogramm geben. Der erste Vorbereitungstermin findet bereits jetzt, Anfang Dezember, statt. Das Kulturreferat lädt alle im Viertel ansässigen an einer Mitarbeit oder Mitgestaltung Interessierten zu einer ersten Vorbereitungssitzung der

Stadtteilwoche Harthof-Nordhaide-Feldmoching-Hasenbergl am Montag, 12. Dezember, 19 Uhr in die Stadtbibliothek Harthof, Parlerstraße 74 ein. Zur Beteiligung aufgerufen sind alle im Viertel ansässigen Vereine, Initiativen, Institutionen, Künstlerinnen und Künstler sowie alle interessierten Bürgerinnen und Bürger. Bei dieser ersten Sitzung wird das Konzept der Stadtteilwoche vorgestellt und es werden erste Ideen und Beteiligungsmöglichkeiten gesammelt sowie die Anmeldeformulare ausgegeben.
Veranstaltet wird das Stadtteil-Kulturfestival vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit den Bezirksausschüssen 24 (Feldmoching - Hasenbergl) und 11 (Milbertshofen - Am Hart).
Der Termine sind auch im Internet unter *www.muenchen.de/stadtteilkultur* einsehbar. Nähere Informationen erteilt das Kulturreferat unter der Rufnummer 2 33-2 81 25.

Infoabend „Mein Dach macht plus mit eigener Solarstromanlage“
(7.12.2011) Wie man am besten vorgeht, um mit der eigenen Photovoltaikanlage möglichst viel Strom zu erzeugen und Geld zu verdienen, erklärt Elektromeister Anton Strein von der Innung für Elektro- und Informationstechnik am Donnerstag, 8. Dezember, von 18 Uhr an im Bauzentrum München. Der Eintritt ist frei.
Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung liegen voll im Trend. Doch ganz so einfach, wie viele bunte Broschüren es manchmal zeigen, ist die Stromerzeugung und Vergütung nicht. Was man beachten muss, um optimale Ergebnisse mit der Anlage zu erzielen, wird Strein bei dem Infoabend erläutern. Eine wichtige Hilfe kann freilich die fachmännische Beratung, Planung, Projektierung und Montage durch einen Elektrofachbetrieb der Gebäudetechnik sein.
Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Gehminuten; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Telefon 54 63 66-0, Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum,* E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de.

Konzert des Münchner Flötenensembles im Stadtmuseum
(7.12.2011) Piccoli, große Flöten, Alt- und Bassflöten sowie die sehr seltenen Subbass- und Kontrabassflöten prägen den charakteristischen Klang des Münchner Flötenensembles. Einen wichtigen Teil des Repertoires bilden zeitgenössische Originalwerke, die dem Ensemble gewidmet sind.

Unter der Leitung von Elisabeth Weinzierl und Edmund Wächter spielt das Münchner Flötenensemble am Sonntag, 11. Dezember, um 11 Uhr in der Sammlung Musik im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, unter dem Titel „Vom Piccolo zur Kontrabassflöte“ Werke von Wolfgang Amadeus Mozart, Georg Friedrich Händel, Francesco Manfredini, Dieter Acker und Johannes X. Schachtner. Der Eintritt ist frei.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Neuregelung beim Trinkgeld für Münchner Müllmänner
Anfrage Stadtrat Hans Podiuk (CSU) vom 1.7.2011

Antwort Kommunalreferat:

In Ihrer Anfrage bitten Sie um Neuregelung beim Trinkgeld für Münchner Müllmänner. Da die Beantwortung Ihrer Anfrage auch mit der Gesamtstädtischen Antikorruptionsbeauftragten, Frau Dr. Beyerle, abzustimmen war, hat sich die Beantwortung leider verzögert.

Bevor ich auf die von Ihnen aufgeworfene Frage explizit eingehe, möchte ich kurz folgende Zusammenfassung voranstellen:

Bis zum Jahr 2008 war es den Münchner Müllmännern durch eine Ausnahmeregelung, die jedes Jahr erneut erteilt wurde, erlaubt, in der Weihnachtszeit Trinkgelder anzunehmen.

Seit Dezember 2008 ist die Bargeldannahme bei der Weihnachtssammlung verboten. Nur mehr die Annahme von Sachspenden bis zu einem Wert von 15,— Euro ist genehmigt. Durch das Verbot der Trinkgeldsammlung auch für Müllmänner wurden **alle** Mitarbeiter der Landeshauptstadt München erstmals gleich behandelt. Die Münchner Bürgerinnen und Bürger können seither auch keine Bargeld ähnlichen Leistungen an die Mitarbeiter des Abfallwirtschaftsbetriebes München verschenken, da die Annahme von Gutscheinen allen Mitarbeitern der Landeshauptstadt München untersagt ist. Dieses Verbot hat seine Grundlage in den städtischen Richtlinien zum Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken.

Frage:
Beabsichtigt der Oberbürgermeister, die Regelung der Trinkgeldannahme der Entscheidung des Bundesfinanzhofes anzupassen und das Verschenken von Gutscheinen zuzulassen?

Antwort:
Für die Entscheidung des Oberbürgermeisters, ab dem Jahr 2008 die Trinkgeldannahme zu verbieten, waren neben den Negativerfahrungen die Gesichtspunkte der Korruptionsprävention ausschlaggebend. Darüber hinaus gebietet es die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers, dafür Sorge zu tragen,

dass Mitarbeiter der Landeshauptstadt München keiner strafrechtlichen Gefährdung ausgesetzt werden.

Ein weiterer entscheidender Gesichtspunkt für das Trinkgeldverbot war auch die bereits angesprochene Gleichbehandlung sämtlicher Dienstkräfte sowohl im Abfallwirtschaftsbetrieb München wie auch stadtweit. Des Weiteren war auch innerhalb des Einsammeldienstes des Abfallwirtschaftsbetriebes München zu berücksichtigen, dass dort die Trinkgeldsammlung zu einer ungleichen Behandlung geführt hatte, da es ausgesprochen lukrative Touren aber auch weniger „ergiebige" Routen gibt.

Das Verbot der Trinkgeldsammlung für die Mitarbeiter des Einsammeldienstes war und ist nach Auffassung des Oberbürgermeisters sozial gerechtfertigt in Bezug auf die Gesamtheit der städtischen Mitarbeiter, die kein Bargeld sammeln dürfen und im Sinne der Gleichbehandlung auch geboten. Nach § 6 Ziffer 1 Satz 2 der städtischen Richtlinien zum Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken stehen Gutscheine als Bargeld ähnliche Leistungen dem Bargeld gleich; dessen Annahme ist nach § 6 Ziffer 1 Satz 1 der Richtlinien **stets verboten.**

Die von Ihnen zitierte Entscheidung des Bundesfinanzhofes hat sich mit der einkommenssteuerrechtlichen Behandlung von Gutscheinen befasst. Es ging darin um die Einordnung von Leistungen des Arbeitgebers an seine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Insoweit handelte es sich um einen völlig anderen Kontext als bei den städtischen Richtlinien zum Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken, die die Zuwendungen von Dritten an die Beschäftigten zum Gegenstand haben und der Korruptionsprävention dienen sollen. Zudem bejahte das von Ihnen zitierte Urteil des Bundesfinanzhofs in Randziffer 14, ebenso wie die Richtlinien zum Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken, die Bargeldähnlichkeit von Gutscheinen.

Als Ergebnis dieser Ausführungen kann ich Ihnen daher mitteilen, dass die Regelung der Trinkgeldannahme der Entscheidung des Bundesfinanzhofes nicht angepasst wird und dass für die Mitarbeiter des Einsammeldienstes die Annahme von Gutscheinen auch künftig verboten bleibt.

Diese Auffassung wurde in einem gemeinsamen Gespräch am 07.11.2011 auch von der Gesamtstädtischen Antikorruptionsbeauftragten bestätigt, insbesondere vor dem Hintergrund, keine Präzedenzfälle zu schaffen.

Social-Media-Aktivitäten der LH München, speziell Facebook-Fanseite(n)
Anfrage Stadtrat Johann Altmann (Freie Wähler) vom 24.10.2011

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Ihre erste Anfrage zu Facebook vom 12. September 2011 hatte ich mit Schreiben vom 13.10.2011 beantwortet. Nun haben Sie hierzu weitere Fragen, auf die ich im Folgenden eingehen möchte. Vorab möchte ich noch anmerken, dass derzeit das Facebook-Thema intensiv diskutiert wird. Eine eindeutige Meinung zeichnet sich derzeit jedoch noch nicht ab. Wenn es klare juristische Aussagen hierzu gibt, werde ich selbstverständlich dafür Sorge tragen, dass die von mir verantworteten Internetseiten dem folgen.

Nun zu Ihren Fragen im Einzelnen:

Frage 1:
Inwieweit lässt sich aus rein strategisch-wirtschaftlichen Gründen rechtfertigen, dass die LH München wissentlich durch die Nutzung von Online-Plattformen wie Facebook direkt oder indirekt zumindest datenschutzrechtlich bedenklich handelt, wenn nicht sogar aktiv gegen geltendes Datenschutzrecht verstößt?

Antwort:
Bei der Abwägung des Einsatzes von Social Media Elementen stehen Fragen der rechtlichen Zulässigkeit im Vordergrund. Strategische und wirtschaftliche Faktoren werden jedoch auch mit einbezogen, zumal der Betrieb von muenchen.de nicht aus Steuergeldern finanziert wird, sondern die dafür verantwortliche Gesellschaft sich selbst tragen muss. Der Einsatz von Social Media Elementen würde dann ausscheiden, wenn damit ein eindeutiger Rechtsverstoß verbunden wäre. Und das ist nach derzeitiger Lage nicht der Fall.
Insoweit ist die Verlinkung zu Facebook auf muenchen.de in der dortigen Form rechtlich nicht zu beanstanden, da die vom ULD in erster Linie beanstandeten Social Plugins („Gefällt mir"-Button) von der Stadt nicht verwendet werden.
Der Vertreter des Bayerischen Innenministeriums hat bei dem gleichzeitig mit der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder in München veranstaltetem Erfahrungsaustausch bayerischer kommunaler Datenschutzbeauftragten am 29.09.2011 die das Thema „social

media“ betreffende Entschließung der Konferenz so ausgelegt, dass den Kommunen dringend Vorsicht anzuraten sei. Social Plugins sollten tatsächlich abgeschaltet und keine neuen Fanpages installiert werden. Eine aufsichtliche Beanstandung im Falle eines weiteren Betriebs bestehender Fanseiten wurde – im Gegensatz zum Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD) – nicht angekündigt.

Somit ist es aus rechtlicher Sicht nach derzeitiger Erkenntnis vertretbar, die bereits bestehenden Fanseiten bis auf Weiteres nicht abzuschalten.

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass die Diskussion hinsichtlich der Bedenken gegen bestimmte Verfahrensweisen der Betreiber von Social Media andauert, vgl. hierzu die Ausarbeitung der wissenschaftlichen Dienste des Bundestages vom 07.10.2011, WD 3 - 3000 - 306/11 neu, s. dort insbesondere bei der Zusammenfassung, S. 19: „Aufgrund der komplexen und unübersichtlichen Rechtslage sowie der Schwierigkeit einer zutreffenden Einordnung der technischen Abläufe ist eine abschließende datenschutzrechtliche Bewertung aus hiesiger Sicht jedoch nicht möglich.“ Dem kann ich mich nur anschließen.
Es gibt darüber hinaus bereits einen Entwurf zur Änderung des Telemediengesetzes, um die Stellung der Nutzerinnen und Nutzer von Internetdiensten, insbesondere auch im Bereich der Social Media, zu verbessern, s. BR-Ds. 156/11, B. v. 17.6.2011.

Aus strategischer Sicht lässt sich Folgendes ausführen:

Die Praxis zeigt, dass ein großer Teil der Internetgemeinde das Internet mittlerweile vorwiegend über Social Media Plattformen nutzt. Das betrifft gleichermaßen die Kommunikation (Facebook-messaging ersetzt e-mail), wie auch die Information (Fanseiten werden wie Portale genutzt). So wird Facebook vielfach mittlerweile als zentrale Plattform im Internet überhaupt angesehen.

Die Portal München GmbH & Co KG hat sich wie folgt geäußert:

„Wer im Wettbewerb zu anderen das Ziel verfolgt, Informationen zu einem bestimmten Thema veröffentlichen zu wollen, kommt heute an Facebook nicht vorbei. muenchen.de hat das Ziel, möglichst hohe Reichweite zu generieren und durch die Bereitstellung von relevanten lokalen Informationen das Standortmarketing für München zu unterstützen. Dazu hat *muenchen.de* eine Community bei Facebook aufgebaut, die mittlerweile

mehr als 300.000 Nutzerinnen und Nutzer umfasst. Alle anderen großen Städte in Deutschland machen dasselbe. Ein Verzicht auf diese Kommunikationsplattform würde bereits heute die Kommunikationserfolge des Stadtportals mindern und die Stadt München im Wettbewerb der Standorte schwächen. Da der Social Media Trend weiter anhält, würde dies für die Zukunft sogar wohl zu noch stärkeren (kommunikationsstrategischen) Nachteilen führen."

Frage 2:
Inwieweit liegt auch bereits durch die reine Verlinkung eine datenschutzrechtlich bedenkliche enge Verknüpfung zwischen Facebook und dem Stadtportal muenchen.de vor?

Antwort:
Die derzeitige Lösung steht im Einklang zu den rechtlichen Anforderungen. Auch das ULD unterscheidet bei seiner Prüfung zwischen dem Setzen einfacher Links und dem Einbinden von Social Plugins, da bei ersteren erst mit dem Anklicken durch den jeweiligen Webseitennutzer eine technisch notwendige Übertragung von Daten erfolge, *https://www.datenschutzzentrum.de/facebook/20111014-bt-uanm-facebook.pdf.* Im übrigen darf ich auf meine Antwort auf Frage 1 verweisen.

Frage 3:
Wie lässt sich erklären, dass in der Antwort auf die Anfrage vom 12.09.2011 das Presse- und Informationsamt der LH München als verantwortlicher Betreiber der Fanseite auf Facebook genannt wird, nun jedoch auch seitens der Portal München Betriebs-GmbH entsprechendes Personal gesucht wird.

a) Inwieweit findet ggf. eine einseitige oder auch wechselseitige Nutzung von Personal und anderen Ressourcen von LH München und der Portal-Gesellschaft statt?
b) Wenn ja, inwieweit ist eine solche „Verschränkung" zwischen Stadtverwaltung und Beteiligungsgesellschaften zulässig?

Antwort zu 3a:
Eine einseitige oder wechselseitige Nutzung von Personal und Ressourcen von Stadt und Portal-Gesellschaft findet hier nicht statt. Die städtische Facebook-Seite unter *http://www.Facebook.com/Stadt.Muenchen* wird vom Presse- und Informationsamt betrieben, die Portal-Facebook-Seite unter *http://www.Facebook.com/Muenchen* von der Portalgesellschaft.

Antwort zu 3b:
Entfällt, s. Antwort zu 3a:

Frage 4:
Inwieweit sieht die LH München ihr Vorgehen hinsichtlich Facebook durch Aktivitäten des Freistaat Bayern grundsätzlich gerechtfertigt?

Antwort:
Der Verweis auf die Facebook-Aktivitäten beim Freistaat Bayern diente zur Unterstreichung des Arguments, dass bei der derzeitigen Rechtslage kein unstreitiger Rechtsverstoß vorliegt, der zwingend ein Abschalten der Verlinkung auf die städtische Fanpage erfordern würde. Denn es ist wohl dem Freistaat Bayern nicht zu unterstellen, dass er beim Betreiben seiner Internetseiten bewusst gegen geltendes Recht verstößt.

Ich bitte, von den Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit erledigt ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 7. Dezember 2011

Barrierefreiheit
Anfrage Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Josef Schmid (CSU)

Kein Verkauf des Rückgebäudes Tulbeckstraße 4
Antrag Stadträte Robert Brannekämper und Mario Schmidbauer (CSU)

Die Bundesregierung soll endlich die angekündigte Energiewende auch glaubwürdig umsetzen!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Sabine Krieger, Sabine Nallinger und Boris Schwartz (Bündnis 90/Die Grünen)

Eingetragene Lebenspartnerschaften im Zugang zu geförderten Wohnungen gleichstellen
Antrag Stadträtin Dagmar Henn (Die Linke)

Alles im Griff in St. Georg?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Josef Schmid **Dr. Georg Kronawitter**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
07.12.11

Barrierefreiheit

Behindertenvertreter beklagen, dass insbesondere bei älteren U-Bahnstationen der Höhenunterschied vom Bahnsteig in den Wagen von Rollstuhlfahrern nur mit Hilfe überwunden werden kann.

Die U-Bahnstationen Karl-Preis-Platz, Therese-Giese-Allee, Obersendling und Michaelibad seien, so die Beschwerde weiter, noch nicht für alle Menschen mit außergewöhnlicher Gehbehinderung und Rollstuhlfahrer nutzbar, da sie über keinen Lift verfügen und die Rampen nicht der DIN Norm von 6 % entsprechen, sondern mit 11% sehr steil sind.

Daher fragen wir:

1. Wie viele U-Bahnhöfe mit einem für Behinderte problematischen Höhenunterschied gibt es im Münchner U-Bahnnetz noch?

2. Bis wann werden diese Bahnhöfe behindertengerecht umgebaut?

3. Welche Maßnahmen sind bis wann für die Bahnhöfe mit Rampen vorgesehen?

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

CSU-Fraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de
wzim.de

Robert Brannekämper **Mario Schmidbauer**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
07.12.11

Kein Verkauf des Rückgebäudes Tulbeckstraße 4

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Rückgebäude Tulbeckstraße 4, das im Eigentum der Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung mbH steht, wird nicht an die bisherige Mieterin, die „Verlag Das Freie Buch GmbH" veräußert.

Darüber hinaus sind Verhandlungen über die Verlagerung des dort untergebrachten lärmemittierenden Druckereibetriebes, der jetzt das Rückgebäude nutzt, an einen geeigneten Standort wieder aufzunehmen.

Begründung:
Bereits seit Jahren gibt es bei den Anwohnern Probleme mit den Lärmemissionen durch den Druckereibetrieb im Rückgebäude Tulbeckstraße 4, die auch der Polizei, dem Bezirksausschuss und dem Referat für Gesundheit und Umwelt bekannt sind.

Wie jetzt zu erfahren ist, soll dieses Rückgebäude nun ohne Ausschreibung an die Verlag Das Freie Buch GmbH veräußert werden. Dieser Verlag gibt in erster Linie Druckwerke aus der eigenen kommunistischen Vergangenheit heraus und macht sich für den Wiederaufbau der Deutschen Kommunistischen Partei stark.

Die Veräußerung des Rückgebäudes an die Verlag Das Freie Buch GmbH ist schon allein deshalb nicht hinnehmbar, weil davon auszugehen ist, dass das wirtschaftliche Fortbestehen dieses Betriebes nicht langfristig sichergestellt werden kann und damit den Eigentümern des Verlages ein Grundstück zum Vorzugspreis nahezu geschenkt würde.

Die Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung mbH hat bei vergleichbaren Nachbargebäuden bewiesen, dass durch die ruhige Lage eines Hinterhofgebäudes ein hoher Wohnwert geschaffen werden kann. Entsprechend sollte auch das Rückgebäude des Anwesens Tulbeckstraße 4 für Wohnzwecke umgestaltet werden.

Deshalb sind die Kaufverhandlungen mit der Verlag Das Freie Buch GmbH abzubrechen und es ist nach Ersatzstandorten für diesen lärmemittierenden Betrieb zu suchen.

gez.
Robert Brannekämper
Stadtrat

gez.
Mario Schmidbauer
Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 07.12.2011

Antrag:

Die Bundesregierung soll endlich die angekündigte Energiewende auch glaubwürdig umsetzen!

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister in seiner Funktion als Präsident des deutschen Städtetages wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass es zu keinen Einschnitten im Erneuerbaren Energien Gesetz kommt und der Ausbau der Photovoltaik in Deutschland nicht weiter eingebremst wird.

Begründung:

In einem Schreiben der Fraktionsvorsitzenden von Union und FDP, Volker Kauder und Rainer Brüderle, sowie der Landesgruppenvorsitzenden der CSU, Gerda Hasselfeldt fordern diese die Minister Röttgen und Rösler dazu auf, harte Einschnitte beim Erneuerbare-Energien-Gesetz vorzunehmen. Die Ausgaben für Erneuerbare Energien sollen auf dem Stand von 2011 gedeckelt und der Ausbau der Photovoltaik auf ein Siebtel des Zubaus von 2010 verringert werden. Zugleich sollen die Privilegien der Industrie bei den Stromkosten nochmals erweitert werden - zulasten des Ausbaus der Erneuerbaren Energien. Damit bliebe unterm Strich sogar weniger Geld für die Vergütung Erneuerbarer Energien übrig, als bislang. Das würde die deutsche Solarwirtschaft nicht überleben.
Mit diesen Forderungen wird die vor einem halben Jahr angekündigte Energiewende der Bundesregierung ad absurdum geführt und das vor dem Hintergrund der derzeit stattfindenden Weltklimakonferenz in Durban und gerade einmal neun Monate nach Fukushima.

Die Kommunen in Deutschland haben ehrgeizige Ziele, die Treibhausgase zu reduzieren und leisten einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz in Deutschland. Etliche Stadtwerke und gerade auch die Stadtwerke München haben bereits seit Jahren erkannt, dass eine langfristige Energieerzeugung nur auf Basis regenerativer Energien zukunftsfähig ist und stecken ihr Engagement und einen Großteil der finanziellen Mittel in

den Umbau der Energieerzeugung.

Dieses Engagement wird durch das Handeln auf Bundesebene stark konterkariert! Durch die weitere Einkürzung der Vergütung für Photovoltaik werden kommunale Initiativen wie Bürgerbeteiligungsanlagen oder die Solarinitiative München, die den Ausbau der Solarenergieerzeugung auf breiter Basis voranbringen möchten, zum Scheitern verurteilt. Dies gilt es zu verhindern!
Der Städtetag sollte deshalb als „Lobby“ der Kommunen, der „Lobby“ der großen Energiekonzerne etwas entgegensetzen und massiv auf Bundesebene dafür eintreten, die propagierte Energiewende auch tatsächlich umzusetzen.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:

Boris Schwartz
Sabine Nallinger
Sabine Krieger
Mitglieder des Stadtrates

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, den 07.12.2011

Antrag: Eingetragene Lebenspartnerschaften im Zugang zu geförderten Wohnungen gleichstellen

Dem Stadtrat wird dargestellt, wie die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften beim Zugang zu geförderten Wohnungen umgesetzt wird. Dies bezieht sich auch auf die Vergabe von Wohnungen im München Modell / Eigentum ebenso wie auf die Berücksichtigung von Verpartnerten mit Kindern. Ebenso wird dargestellt, wie diese Gleichstellung sich in der Außendarstellung der Stadt (Werbematerialien, Webseiten etc.) wiederspiegelt.
Die Verwaltung macht Vorschläge, wie eventuell noch bestehende Ungleichbehandlungen beseitigt werden können.

Begründung:
Im Rahmen der Bemühungen der Landeshauptstadt München um die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften darf selbstverständlich auch der Bereich des geförderten Wohnraums nicht ausgespart bleiben. Zumindest in der Außendarstellung (z.B. auf münchen.de und muenchen-modell.de) sind bisher diese Bemühungen nicht aufzufinden. Es lässt sich also nicht erkennen, wie weit diese Bemühungen erfolgreich waren und wo sie eventuell auf Hindernisse gestoßen sind. Ein entsprechender Bericht an den Stadtrat würde sie öffentlich sichtbar machen und Abhilfe erleichtern.

Initiatorin:

Dagmar Henn
Stadträtin DIE LINKE.

BIA
inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
06.12.2011

Alles im Griff in St. Georg?

In einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ vom 16.09.2011 wurde der Eindruck wiedergegeben, die Situation in der Milbertshofener Kirchengemeinde St. Georg habe sich „entspannt“. In den Monaten zuvor war es dort zu zum Teil tätlichen Belästigungen von Kirchgängern sowie zu Beschädigungen und Beschmutzungen des Kirchengebäudes durch multikulturelle Jugendbanden gekommen, was u.a. das BR-Magazin „quer“ dokumentiert hatte. Allerdings wird auch in dem SZ-Bericht eine Stimme aus der Kirchenverwaltung wiedergegeben, der zufolge die Situation in St. Georg noch immer nicht störungsfrei ist. Hier stellen sich Fragen.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Wie stellt sich die Situation in und um St. Georg insbesondere in den letzten vier Monaten – seit Juli 2011 – dar, nachdem die Gemeindeverwaltung den Weg an die Öffentlichkeit gesucht und u.a. die Polizei dort ihre Präsenz verstärkt hat?

2. Welche weiteren Zwischenfälle wurden in diesem Zeitraum beim zuständigen Bezirksausschuß und/oder der Polizei aktenkundig?

3. Laut KVR führt die Polizei bei auffällig werdenden Jugendlichen verstärkt „Gefährderansprachen“ durch, und „Streetwork“ sei vermehrt mit „Straßengängen“ aktiv; wie intensiv ist die „Betreuung“ der lokalen Jugendszene durch Polizei und Streetwork? Wie viele Einzelgespräche von Polizei und Streetwork wurden – überschlägig – in und um St. Georg durchgeführt? Konnte die Intensität der „Betreuung“ inzwischen wieder heruntergefahren werden?

Karl Richter
Stadtrat